

mitarbeiten 02/2012

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de

Gespräch mit Gerald Häfner, Mitglied des europäischen Parlaments



Foto: Europäisches Parlament

Europa gelingt nur mit den Bürgerinnen und Bürgern

Im April 2012 startet die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Sie ist eine der wichtigsten Neuerungen der europäischen Politik, die durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon im Dezember 2009 möglich wurde. Gerald Häfner, Mitglied des Europäischen Parlaments, erläutert im Gespräch mit der Redaktion, welche Chancen sich mit der EBI für ein demokratischeres Europa verbinden. Er ist überzeugt: die Europäische Bürgerinitiative wird die Kultur der europäischen Debatte verändern und die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft befördern.

Welche Möglichkeiten verbinden sich mit der Europäischen Bürgerinitiative für die Bürgerinnen und Bürger Europas?

Die Europäische Bürgerinitiative ist das erste transnationale Bürgerbeteiligungsinstrument weltweit. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union die Möglichkeit, sich in Europa zu Wort zu melden, sich in die Gestaltung der europäischen Politik einzumischen und die politische Agenda der EU aktiv mitzugestalten. Mit der EBI haben die Bürgerinnen und Bürger einen Fuß in der Tür. Was sie daraus machen und

wie weit die Kommission und die anderen Organe der EU die Tür öffnen, lässt sich heute noch nicht endgültig sagen.

Im Dezember 2011 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Durchführung der EBI beschlossen. Wie bewerten Sie die verfahrensrechtliche Ausgestaltung der EBI? Welche Stärken und Schwächen hat das Verfahren?

Die entscheidende Verordnung, die der Deutsche Bundestag jetzt in nationales Recht überführt hat, wurde 2010 von Kommission, Rat

und Europäischem Parlament gemeinsam erarbeitet. Ich selbst war damals als verantwortlicher Berichterstatter des Europäischen Parlamentes ganz entscheidend daran beteiligt. Ich habe mich mit der breiten Unterstützung des Europäischen Parlamentes um eine möglichst unbürokratische, bürgerfreundliche und wirksame Regelung bemüht. Die jetzige Verordnung ist das Ergebnis harter Verhandlungen mit dem Europäischen Rat und der Kommission. Sie ist ein Kompromiss zwischen denen, die sich als Anwälte der Bürger/innen fühlen, und denen, die eine stärkere Bürgerbeteiligung auch mit großer Sorge sehen. Eine Schwäche der Ausgestaltung ist die Limitierung zulässiger Themen auf Gegenstände, die nach den geltenden Verträgen im Kompetenzbereich der EU liegen. Eine weitere Schwäche ist die große Unverbindlichkeit des Verfahrens. Zu den großen Stärken gehören zwei Elemente, für die das Parlament ganz besonders gekämpft hat: dass Unterschriften ebenso auf Papier wie online im Internet gesammelt werden können und dass die Initiatoren am Ende des Verfahrens im Europäischen Parlament zu einer Anhörung in Anwesenheit der Kommission und der Medien eingeladen werden, wo sie ihr Anliegen noch mal ausführlich darstellen und argumentativ begründen können.

Wie ist die Akzeptanz der EBI in anderen Ländern Europas?

Das ist von Land zu Land verschieden. Fast in allen Ländern Europas gibt es eine sehr aktive Zivilgesellschaft, gibt es Initiativen, Vereine und Verbände, die sich schon jetzt mit der EBI beschäftigen und überlegen, inwieweit sie dieses Instrument für ihre Anliegen nutzen können. Doch die breite Öffentlichkeit ist in vielen Ländern noch zu wenig aufgeklärt. Die EBI ist für viele



Bürger/innen – wie Europa insgesamt – noch sehr weit weg. Auch in Deutschland bleibt noch viel zu tun.

Der EU wird häufig ein Demokratiedefizit unterstellt. Wird dieses durch die EBI überwunden?

Nein. Die EBI kann das Demokratiedefizit lindern, aber sie alleine wird es nicht überwinden. Denn dieses Demokratiedefizit hat tiefe historische, rechtliche und strukturelle Wurzeln. Die EU begann vor 60 Jahren als ein Elitenprojekt. Und sie hat es bis heute nicht ganz geschafft, sich zu einem Projekt aller Europäer/innen zu wandeln. Um Europa umfassend zu demokratisieren, muss also noch mehr geschehen, als die EBI einzuführen. Erst die massive Stärkung des Europäischen Parlamentes und das Recht auf europäische Volksabstimmungen wird die Bürger/innen auf gleiche Augenhöhe mit den Apparaten und Politiker/innen bringen. Das aber war und ist gegenwärtig noch nicht mehrheitsfähig. Hier liegt noch eine Menge Arbeit vor uns.

Angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen über die Krise der EU: Ist es sinnvoll, die Bürgerinnen und Bürger Europas stärker an den politischen Entscheidungsprozessen der EU zu beteiligen?

Eindeutig ja. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die sagen: »Europa und die Maßnahmen zur Überwindung der Krise sind zu wichtig, als dass man die Bürger daran beteiligen dürfte«. Diese leider ziemlich verbreitete Position pflastert den Weg in den demokratischen Abgrund. Europa kann aber nur mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Wer glaubt, er könne Europa ohne die starke Beteiligung der Bürger/innen bauen, wird am Ende beide verlieren: Die Bürgerinnen und Bürger und Europa.

Begünstigt die EBI die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft?

Ja. In der Schaffung und Stärkung einer europäischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft sehe ich sogar den stärksten Mehrwert der EBI. Denn diese wird mehr fördern als nur einzelne Initiativen, sie wird etwas fördern, worauf das gemeinsame Europa angewiesen ist wie der Fisch auf das Wasser – und was wir bisher kaum je erleben: Grenzüberschreitende

Diskussionen und Debatten einer europäischen Öffentlichkeit. In dem Moment, in dem sich europaweit Bürger/innen aus einer Vielzahl von Mitgliedstaaten zusammentun, um beispielsweise für eine Finanztransaktionssteuer einzutreten, in diesem Moment entsteht so etwas wie eine über die Grenzen hinweg tätige Zivilgesellschaft, die bestimmte Themen nicht mehr nur national, sondern nun endlich auch wirksam auf der europäischen Ebene anspricht. So trägt die EBI zur Stärkung europäischer Diskurse bei und zur Entstehung eines Europas von unten, eines Europas der Bürger/innen.

Welche Impulse können von Deutschland für eine weitere Demokratisierung der EU ausgehen?

In Deutschland gibt es mehr Bürgerinitiativen als in vielen anderen europäischen Ländern. Nicht zuletzt Mehr Demokratie e.V. und die Stiftung MITARBEIT haben dazu beigetragen, dass wir mittlerweile auch eine Vielzahl an Bürgerbeteiligungsinstitutionen und -verfahren haben – vor allem natürlich auf der kommunalen Ebene. Darüber hinaus haben wir mittlerweile in allen Bundesländern Verfahren der direkten Demokratie durchsetzen können. Fast jede/r Deutsche hat schon einmal an einem Bürgerbegehren und Bürgerentscheid oder oft auch an einem Volksbegehren und Volksentscheid teilgenommen und dabei erlebt, dass die Beteiligung der Bürger/innen die Legitimation und Akzeptanz von Entscheidungen und damit das Gemeinwesen wesentlich stärkt. Diese Impulse und Erfahrungen können wir in Europa einbringen. Ich würde mich freuen, wenn die Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Organisationen und Verbände, die in Deutschland aktiv für mehr Bürgerbeteiligung kämpfen, künftig auch auf der europäischen Ebene zu Vorkämpfern für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie werden.

In zehn Jahren: Hat sich die EBI als Erfolgsmodell etabliert oder sich als demokratiepolitisches Feigenblatt der EU entpuppt?

Das bleibt offen. Die EBI ist ein Instrument, für das es keinen historischen Vorläufer gibt. Deshalb lautet meine Antwort: Wir haben es in der Hand! Die Bürgerinnen und Bürger

Zur Person

Gerald Häfner

Jahrgang 1956, gilt als einer der Erfinder der Europäischen Bürgerinitiative. Er ist Gründungsmitglied von Mehr Demokratie e.V. und war bis 2009 Sprecher des Bundesvorstands des Vereins. Er war Mitglied des Deutschen Bundestages (1987-1990, 1994-2002) und ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments (Bündnis 90/Die Grünen). Der Autor und Publizist ist als Sachverständiger zu Demokratie- und Verfassungsfragen für verschiedene deutsche Landtage sowie für mehrere Parlamente im europäischen und internationalen Ausland tätig. Gerald Häfner ist seit 1989 Mitglied im Stiftungsrat bzw. Kuratorium der Stiftung MITARBEIT.

müssen das neue Instrument nun aktiv und zielstrebig nutzen. Sie müssen gute Themen identifizieren, überzeugende und praktikable Vorschläge formulieren und in der Lage sein, wirklich breite, europaweite Kampagnen zu organisieren. Aber mehr noch entscheidet die administrative Seite über Erfolg oder Scheitern der EBI. Die nationalen Behörden dürfen den Bürger/innen nicht weiter unnötig Steine in den Weg legen, sondern müssen sie bei der Wahrnehmung des neuen Rechtes aktiv unterstützen. Und die Europäische Kommission muss sich ihrer immensen Verantwortung für Demokratie und Bürgergesellschaft bewusst werden. Wenn die ersten EBI zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger erfolgreich europäische Gesetze oder die europäische Politik beeinflussen können, dann wird das ermutigen, sich aktiv und mit eigenen Vorschlägen in die europäische Politik einzuschalten. Dann wird die EBI ein Beitrag zu einem Europa sein, in dem nicht nur Konzerne und Lobbyisten, Regierungen und Parlamente etwas zu sagen haben, sondern endlich auch die Bürgerinnen und Bürger selbst.

Das vollständige Gespräch unter www.mitarbeit.de; mehr zur Vorgeschichte der Europäischen Bürgerinitiative unter www.mehr-demokratie.de/eu-buergerbegehren.html; die EBI im Netz unter <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome>

Open Government und Bürgerbeteiligung

Eine aktuelle Repräsentativbefragung zum Thema Open Government zeigt: Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wollen stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Nur 26 Prozent der Befragten sind mit den bisherigen Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung zufrieden, 96 Prozent der Bürger/innen begrüßen eine weitere partizipative Öffnung von Politik und Verwaltung. Vorgelegt hat die Zahlen der Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland, ein offener Zusammenschluss verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, dem auch die Stiftung MITARBEIT angehört.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wollen mitreden, wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu treffen. Für 92 % der im Rahmen der repräsentativen Befragung befragten Personen ist es wichtig, dass Bürgervorschläge bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. 89 % der Bürger/innen wünschen sich Möglichkeiten, frühzeitig auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, 88 % wünschen sich zudem Informationen darüber, wie man sich an politischen Entscheidungen beteiligen kann.

Bürgerbeteiligung ist neben den Handlungsfeldern Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Rechenschaftslegung die vierte inhaltliche Säule von Open Government. Open Government ist als ganzheitlicher Ansatz zur Belebung der Demokratie zu verstehen. Es geht darum, die Arbeit von Politik, Regierung, Verwaltung und Justiz offener, transparenter, partizipativer und kooperativer zu gestalten.

Der Arbeitskreis setzt sich für den Beitritt Deutschlands zur internationalen Open Government Partnership (OGP) ein. Die Mitglieder

des Arbeitskreises verbindet die gemeinsame Überzeugung, dass eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Open Government Partnership langfristig einen Kulturwandel zu mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und damit einen Abbau der Politikverdrossenheit zur Folge haben wird.

Die Open Government Partnership wurde im September 2011 von den USA und Brasilien ins Leben gerufen. Sie hat sich die Verbesserung der Regierungsführung und die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger/innen zum Ziel gesetzt. Durch die multilaterale Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft sollen die Anforderungen einer offenen Regierungsführung gemeinsam bewältigt werden. Aktuell beteiligen sich 52 Staaten an der Initiative (z.B. Brasilien, Indonesien, Mexiko, Norwegen, Philippinen, Südafrika, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten), 28 weitere Länder, darunter Deutschland, sind eingeladen, sich an der Partnerschaft zu beteiligen.

Mehr Informationen im Netz unter <http://opengovpartnership.de>

Transition Town

Zurück in die Zukunft – Städte im Klima- und Energiewandel

Im Rahmen der weltweiten Transition-Town-Bewegung versuchen engagierte Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in Städten, Gemeinden und Regionen die Energiewende und den Übergang in eine postfossile Wirtschaft zu organisieren. Die aus Großbritannien stammende Bewegung hat sich das Ziel gesetzt, die negativen ökologischen Auswirkungen der Globalisierung durch die Idee des »einfachen Lebens«, der Regionalwirtschaft sowie der wirtschaftlichen Selbstversorgung zu überwinden. Auch in Deutschland haben sich bereits vielerorts solche Initiativen gegründet.

Wie wollen wir in Zukunft leben? Liegt der Schlüssel zur Lösung vieler Umweltprobleme in einer leistungsfähigeren Technik? Oder ist eine nachhaltige Gesellschaft nur über Mäßigung und Verzicht zu erreichen? Diese Fragen lenken den Blick auf einen grundlegenden Konflikt in der Debatte um Nachhaltigkeit, Klimaschutz und ökologische Politik. Im Mittelpunkt stehen dabei die Begriffe Effizienz und Suffizienz. Für die Anhänger der wachstums-

kritischen TT-Bewegung ist die Sache klar: für den Einstieg in ein erdölfreies Zeitalter und für die Planung, Gestaltung und Erhaltung zukunftsfähiger Lebensräume ist ein alternatives Wirtschaften, ein möglichst geringer Rohstoff- und Energieverbrauch, ein ressourcenschonender Konsum und das Erlernen von Fertigkeiten »aus Großmutterns Zeiten« der Ausweg aus der ökologischen Dauerkrise. Der dem Konzept der Transition Town zugrunde liegende Kulturwandel –

der Begriff Transition Town lässt sich am besten mit »Bewegung für eine Stadt des Übergangs und Wandels« übersetzen – soll sich sowohl auf persönlich-individueller Ebene als auch im öffentlichen kommunalen Kontext vollziehen.

In der neu entstandenen TT-Bewegung bündeln sich zahlreiche bestehende Initiativen und bekannte Ideen aus dem Umweltbereich. Ob Verkehr, Energie, Mobilität und Soziales: die Bürgerbewegung ist anschlussfähig in viele Richtungen und Handlungsfelder. Übereinstimmendes Merkmal aller Initiativen ist die Ansicht, dass der beabsichtigte (Kultur-)Wandel gemeinschaftlich und von unten organisiert gestaltet werden muss. Die TT-Initiativen ergänzen die globalen Ansätze zur Lösung der Umweltprobleme durch das Umsetzen in direkte, lokale und alltagstaugliche Veränderungen. Dabei warten die Aktivist/innen nicht auf die Politik, sondern werden selbst aktiv.

Mehr Informationen im Netz unter www.transition-initiativen.de

Erfolgreich Fördermittel einwerben

Es macht keinen Unterschied, ob es sich um eine öffentliche oder private Förderung handelt. Für eine Projektfinanzierung ist die Formulierung eines schriftlichen Antrags erforderlich. Das Seminar »Erfolgreich Fördermittel einwerben. Tipps und Tricks für das Schreiben von Projektanträgen« (2. Juni 2012 in Bielefeld) vermittelt das notwendige Hintergrundwissen und gibt praktische Tipps für einen erfolgversprechenden Antrag. Es geht um

die Recherche von Förderoptionen, den Abgleich von Projektideen und Fördergrundsätzen, das effektive Schreiben von Fördermittelanträgen und die überzeugende Präsentation von Projekten in einem Förderantrag. Das Seminar wendet sich an freiwillig Engagierte und hauptamtlich Tätige in Vereinen, Initiativen und Projekten.

Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Konfliktmanagement in Beteiligungsprozessen

Das Seminar »Nicht immer einer Meinung!? Konfliktmanagement in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen« (1.–2. Juni 2012 in Kassel) zeigt, wie Konfliktsituationen frühzeitig erkannt und konstruktiv bearbeitet werden können.

Verschiedene Konfliktarten und -auslöser sowie Möglichkeiten zur Situationsanalyse werden erläutert. Vor allem geht es darum, erfolgversprechende und nach-

haltige Wege zum Umgang mit Konflikten aufzuzeigen. Hierbei werden auch die Erfahrungen und Fragestellungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der eigenen Praxis einbezogen. Das Seminar richtet sich an Prozessverantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Moderation ist keine Hexerei!

Was bedeutet eigentlich »gute« Moderation, und wie lässt sie sich erlernen? Was muss beachtet werden, um Treffen kleiner oder mittelgroßer Gruppen (bis zu 30 Teilnehmer/innen) sinnvoll zu gestalten und zu tragbaren Ergebnissen zu führen?

Das Seminar (29.–30. Juni 2012 in Königswinter) vermittelt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern

bewährte Moderationsmethoden und gibt die Möglichkeit, den Umgang mit schwierigen Situationen zu üben und einen ganz persönlichen Moderationsstil zu entwickeln. Das Seminar wendet sich an Prozessbeteiligte und Gestalter/innen von Beteiligungsprozessen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Wechsel im Stiftungsratsvorsitz

Dr. Henning von Vieregge hat den Vorsitz des Stiftungsrats der Stiftung Mitarbeit nach einjähriger Tätigkeit abgegeben. Zu seiner Nachfolgerin wurde seine bisherige Stellvertreterin Prof. Dr.-Ing. Bettina Oppermann (Universität Hannover) gewählt. An ihre Stelle rückt Dr. Rudi Piwko (Geschäftsführer socius gGmbH) als neuer stellvertretender und damit nachrückender Vorsitzender. Der Stiftungsrat verspricht sich von dieser Rotation im Vorsitz eine, so Vieregge, der dieses Verfahren vorschlug und nun als erster praktiziert, »Belebung des Ehrenamtsgeschäfts«. So könnten

auch Persönlichkeiten diese Aufgabe wahrnehmen, die aus beruflichen Gründen für eine längere Amtszeit nicht zur Verfügung stehen. Neu in den Stiftungsrat wurde Mustafa Bayram, Vorstand der Kölner Initiative Coach e.V. gewählt. Er tritt die Nachfolge von Ansgar Wimmer, (Vorstandsvorsitzender der Alfred Toepfer Stiftung) an, der das Gremium nach mehr als zehnjähriger Tätigkeit verließ. Bettina Oppermann dankte Henning von Vieregge für seine Pionierdienste im ersten Jahr nach der Gremienstrukturreform und Ansgar Wimmer für sein langjähriges inspirierendes Engagement.

Seminar

Projekte erfolgreich planen & umsetzen

Ob Durchführung einer Veranstaltung, Erstellung eines Internet-Auftritts oder Stand auf einem Markt: Wichtige Bausteine für die Umsetzung solcher Projekte sind die Motivation und Begeisterung der Beteiligten. Doch mindestens genauso wichtig ist eine gute Planung und Organisation der Aufgaben.

Ein gut umgesetztes Projektmanagement setzt zusätzliche Potenziale und Energien frei und ist Voraussetzung für einen effizienten Einsatz der begrenzten Mittel und Ressourcen. Zudem zwingt es zum Vorausdenken und Planen.

Das Seminar (22. bis 24. Juni 2012 in Mülheim/Ruhr) vermittelt Grundkenntnisse, Methoden und Instrumente des Projektmanagements. Die Teilnehmenden reflektieren ihre Projektmanagement-Praxis und arbeiten an ihren aktuellen oder zukünftigen Vorhaben. Das Seminar richtet sich an Verantwortliche von Teams, Projektgruppen, Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) und unter www.mitarbeit.de/veranstaltungen.html

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Prof. Dr.-Ing. Bettina Oppermann (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.